



COVID-19 – Newsletter 66

18.12.2020

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	4
1. Aktuell im RIS	4
2. Hauptausschuss des Nationalrates genehmigt COVID-19-Regelungen für Weihnachten.....	6
3. Die neuen Regelungen im Überblick.....	6
4. Nationalrat – Weitere Beschlüsse mit Corona-Bezug	8
5. Nationalrat: Mehr Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe berechtigt, Corona-Tests und -Impfungen vorzunehmen.....	9
6. Bundesminister Anschober: 2 Millionen Testungen mit 4200 Positivergebnissen ein guter Start für Massentestungen	9
7. Erste Impfungen am 27. Dezember	10
8. Regierung laut Anschober weiter gegen Impfpflicht	10
9. Eltern im zweiten Lockdown: Sechs von zehn stark belastet.....	11
10. Österreich will 2021 rund 65 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufnehmen	11
11. Fast 6.000 Covid-Anzeigen seit Beginn des harten Lockdowns.....	12
Aus den Bundesländern.....	13
1. LandesfinanzreferentInnenkonferenz – Bund sagt u.a. Unterstützung für Gemeinden zu	13
2. Massentests: Bundesländerergebnisse aufgrund unterschiedlicher Zählweisen nur bedingt vergleichbar	13
3. Oberösterreich verlängert kostenlose Tests	14
4. Land NÖ bietet noch Tests vor Weihnachten	14
5. Auch Land Steiermark bietet Schnelltests vor Weihnachten an	14
6. Fast 1.800 Rotkreuz-Mitarbeiter in NÖ im Einsatz.....	14
7. Klare Absage an Impfpflicht aus Salzburg	15
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	16
1. Gemeinden für zweite Testwelle in Tirol offenbar nicht zuständig	16
2. Für Corona-Tests stellt die Messe Wels der Stadt 300.000 Euro in Rechnung	16
3. Massentests - 28.000 TeilnehmerInnen in der Stadt Salzburg.....	16
4. Wien: Weihnachtliches Testangebot wird ausgebaut.....	17
5. Klagenfurt bietet vor Feiertagen kostenlose Tests	17
6. Wien: Neues Labor schafft 30.000 PCR-Tests pro Tag.....	17



Europa und International	18
1. OECD-Kritik an Egoismus reicher Staaten bei Impfstoff	18
2. Niederlande stehen vor strengem Lockdown	18
3. Deutsches Kabinett verabschiedete "Aufbauplan" für Corona-Hilfsgelder	18
4. Neue Corona-Rekorde in den USA und in Brasilien	19
5. Impfstoff von Moderna kurz vor US-Zulassung	19
6. China will 50 Millionen Menschen in acht Wochen impfen	19
7. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa	20
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	21
1. Europäische Kommission: COVID19-Strategie zur Bekämpfung der Pandemie in den Wintermonaten	21
2. Europäische Kommission: COVID19-Abbau von notleidenden Krediten	21



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **11. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 557/2020](#)

Zulassung von Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe im Zusammenhang mit besonderen Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

[BGBl. II Nr. 558/2020](#)

Telekom-Bezügeverordnung 2021

[BGBl. II Nr. 559/2020](#)

Änderung der Land- und Forstwirtschaft-Pauschalierungsverordnung 2015

[BGBl. II Nr. 560/2020](#)

Betragsgrenzen (Bund und Länder) nach der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus für das Jahr 2020

[BGBl. II Nr. 561/2020](#)

Änderung der Verordnung über die Prüfung des Steuerkontrollsystems

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **14. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 562/2020](#)

Änderung der Grundausbildungsverordnung-PDion

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **15. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 125/2020](#)

Änderung des Parlamentsgebäudesanierungsgesetzes, PGSG

[BGBl. I Nr. 126/2020](#)

COVID-19-Lagergesetz-CO-LgG

[BGBl. I Nr. 127/2020](#)

Änderung des KMU-Förderungsgesetzes

[BGBl. I Nr. 128/2020](#)

Genehmigung der Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

[BGBl. I Nr. 129/2020](#)

Genehmigung der Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

[BGBl. I Nr. 130/2020](#)

Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977

[BGBl. I Nr. 131/2020](#)

Änderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes

[BGBl. I Nr. 132/2020](#)

Änderung des COVID-19-Schulstornofonds-Gesetzes

[BGBl. I Nr. 133/2020](#)

Änderung des Schulorganisationsgesetzes und des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes

[BGBl. I Nr. 134/2020](#)

39. KFG-Novelle

[BGBl. I Nr. 135/2020](#)

Budgetbegleitgesetz 2021

[BGBl. II Nr. 563/2020](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

[BGBl. II Nr. 564/2020](#)

Änderung der BUAG-Zuschlagsverordnung

[BGBl. II Nr. 565/2020](#)

Änderung der VO Lockdown-Umsatzersatz



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **16. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 566/2020](#)

3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3.
COVID-19-SchuMaV

[BGBl. II Nr. 567/2020](#)

3. VO Lockdown-Umsatzersatz

[BGBl. II Nr. 568/2020](#)

Richtlinien über die Gewährung eines Verlustersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (VO über die Gewährung eines Verlustersatzes)

[BGBl. II Nr. 569/2020](#)

Änderung der Verordnung über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **17. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 570/2020](#)

20. Novelle zur FSG-DV

[BGBl. II Nr. 571/2020](#)

Änderung der Verordnung über zusätzliche technische Möglichkeiten für die Einsicht in das Register (WiEReG-Einsichtsv)

[BGBl. III Nr. 213/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen

[BGBl. III Nr. 214/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

[BGBl. III Nr. 215/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 95) über den Lohnschutz

[BGBl. III Nr. 216/2020](#)

Geltungsbereich des Straßburger Abkommens über die internationale Patentklassifikation

[BGBl. III Nr. 217/2020](#)

Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe

[BGBl. III Nr. 218/2020](#)

Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Beglaubigung

[BGBl. III Nr. 219/2020](#)

Geltungsbereich der Multilateralen Sondervereinbarung RID 6/2020 nach Abschnitt 1.5.1 RID über Bescheinigungen für Gefahrgutbeauftragte gemäß Unterabschnitt 1.8.3.7 RID

[BGBl. III Nr. 220/2020](#)

Geltungsbereich der Änderung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression

[BGBl. III Nr. 221/2020](#)

Multilaterales Abkommen ADN/M 027 gemäß Unterabschnitt 1.5.1 ADN über Bescheinigungen über besondere Kenntnisse des ADN nach Unterabschnitt 8.2.2.8 ADN und Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte nach Unterabschnitt 1.8.3.7 ADN



2. Hauptausschuss des Nationalrates genehmigt COVID-19-Regelungen für Weihnachten

Der Hauptausschuss des Nationalrats hat heute die gelockerten COVID-19-Regelungen für Weihnachten genehmigt. Für die nächsten Tage bleiben zwar Treffen im privaten Wohnbereich auf nicht mehr als sechs Personen aus zwei verschiedenen Haushalten zuzüglich minderjähriger Kinder begrenzt, eine Ausnahme gibt es davon allerdings zu Weihnachten am 24. und 25. Dezember. Am Weihnachts- und Christtag sind demnach Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen aus höchstens ebenso vielen Haushalten erlaubt. Die entsprechende 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung wurde heute mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und der SPÖ auf den Weg gebracht. In seiner Erklärung über die aktuelle Corona-Lage in Österreich sagte Gesundheitsminister Rudolf Anschober, dass der rasante Anstieg der Zahl an Neuinfektionen an SARS-CoV-2 in Österreich durch den harten Lockdown tatsächlich gebremst werden konnte. Demnach ist laut Angaben des Gesundheitsministers der Reproduktionsfaktor von 1,3 auf 0,88 gesunken und die 7-Tages-Inzidenz von 600 auf 220 zurückgegangen. Das sei noch immer zu hoch, so der Minister, angestrebt werde ein Wert unter 100.

3. Die neuen Regelungen im Überblick

Seit 17. Dezember ist die dritte Covid-19-Schutzmaßnahmenverordnung in Kraft. Darin geregelt sind – neben den weiterhin gültigen Kontaktbeschränkungen und Ausgangsbeschränkungen in der Nacht – auch Ausnahmen für die Feiertage. Die Maskenpflicht wird vor allem am Arbeitsplatz ausgeweitet, strengere Bestimmungen gelten künftig auch in Alten- und Pflegeheimen. Im Folgenden die aktuellen Regeln im Überblick:

Dauer

Die dritte Covid-19-Schutzmaßnahmenverordnung gilt bis 26. Dezember. Am 22. Dezember wird der Hauptausschuss erneut zusammenkommen, um etwa die Regelungen für Silvester zu diskutieren.

Ausgangsbeschränkungen

In der Zeit abseits von den beiden Weihnachtsfeiertagen gelten Ausgangsbeschränkungen von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Den eigenen privaten Wohnbereich darf man zu dieser Zeit nur aus bestimmten Gründen verlassen. Das sind Arbeit, notwendige Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, anderen Menschen zu helfen und sie zu pflegen sowie für Bewegung an der frischen Luft. Am 24. und 25. Dezember sind die Ausgangsbeschränkungen ausgesetzt.

Kontaktbeschränkungen

Untertags dürfen sich Menschen, die in einem Haushalt zusammen leben, mit Personen aus einem weiteren Haushalt treffen. Das dürfen insgesamt maximal sechs Erwachsene und sechs Kinder sein.

Für die Feiertage gibt es Ausnahmeregelungen: Für das Weihnachtsfest dürfen am 24. und 25. Dezember maximal zehn Personen auch aus mehreren Haushalten zusammentreffen. Ab dem 26. Dezember gelten wieder die bisherigen Regeln mit Ausgangsbeschränkungen.

Abstandsregeln, Maskenpflicht

Weiter aufrecht ist die Einmeterabstandsregel im öffentlichen Raum zu nicht haushaltszugehörigen Personen. In geschlossenen öffentlichen Räumen gilt weiter die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes (MNS), Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr sind weiterhin ausgenommen.

Neu ist, dass die Verordnung nun auch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes am Arbeitsplatz in geschlossenen Räumen vorschreibt, sobald sich in einem Raum ohne Schutzvorrichtungen (z. B. Trennwand) mehr als eine Person gleichzeitig aufhält. Ausnahmen gibt es, wenn diese Schutzmaßnahmen die Arbeitsverrichtung verunmöglichen, dann müssen organisatorische Maßnahmen (etwa die Bildung von festen Teams) ergriffen werden.



Handel, Gastronomie und Dienstleistungen

Der Handel ist wieder geöffnet. Es muss ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden, und für Kundenbereiche gilt eine Beschränkung von einem Kunden pro zehn Quadratmeter. Auch alle Dienstleistungen, auch die „körpernahen“ wie Friseure, sind wieder offen. Auch hier ist der Mund-Nasen-Schutz Pflicht.

Die gesamte Gastronomie bleibt für den Kundenbetrieb geschlossen. Abholung von Speisen und Getränken ist zwischen 6.00 und 19.00 Uhr gestattet. Lieferservices bleiben rund um die Uhr erlaubt. Verboten ist hingegen der Verkauf offener alkoholischer Getränke per Abholung – das betrifft im Wesentlichen Punschstände. Auch Christkindlmärkte gibt es heuer nicht.

Schulen und Kindergärten

Pflichtschulen und Kindergärten sind wieder im Regelbetrieb, allerdings gilt ab dem Alter von zehn Jahren eine Maskenpflicht auch im Unterricht. Oberstufen und Universitäten bleiben im Fernunterricht. Maturaklassen dürfen an die Schulen zurückkehren, im Schichtbetrieb ist das auch für einzelne Fächer (z. B. Werken) möglich. Die Weihnachtsferien werden für alle Schulstufen bis 11. Jänner verlängert. Wer am 7. und 8. Jänner Betreuungsbedarf hat, kann seine Kinder in die Schule schicken.

Veranstaltungen und Tourismus

Veranstaltungen bleiben weiterhin nahezu komplett untersagt, Ausnahmen gibt es u. a. für Demonstrationen, religiöse Veranstaltungen, Profisport sowie Partei- und Politikveranstaltungen. Alle Hotels und Beherbergungsbetriebe bleiben für touristische Zwecke geschlossen. Ausnahmen gibt es etwa für Geschäftsreisende.

Ab 7. Jänner sollen Beherbergungsbetriebe wie auch Kultureinrichtungen und Kinos unter Einschränkungen und abhängig vom Infektionsgeschehen wieder öffnen. Geplant ist eine Zwischenevaluierung im Dezember.

Sport und Freizeit

Sämtliche Sportanlagen für Amateursportlerinnen und -sportler in Innenräumen bleiben gesperrt, auch jene, bei denen es nicht zu Körperkontakt kommt. Damit bleiben auch Fitnessstudios und Hallenbäder zu.

Sportstätten im Freien für jene Sportarten, bei deren Ausübung es zu keinem Körperkontakt kommt, dürfen öffnen. Somit sind etwa Eislaufen, Skilanglauf, Golf und Leichtathletik wieder möglich, unter Wahrung der Abstandsregeln und einer Beschränkung von einem Sportler bzw. einer Sportlerin pro zehn Quadratmeter.

Andere Sportstätten im Freien können am 24. Dezember öffnen. Dazu zählen auch die Skigebiete. Seilbahnen, Gondeln und andere Aufstiegshilfen dürfen bis zum 23. Dezember nicht zu Freizeit Zwecken verwendet werden. Danach gibt es für geschlossene Bereiche eine Kapazitätsbeschränkung von 50 Prozent, Schutzmasken müssen auch in den Warte- und Einstiegsbereichen verpflichtend getragen werden. Der Profisportbereich bleibt aufrecht.

Museen und Bibliotheken sind ebenfalls wieder offen – unter denselben Bedingungen wie im Handel, also mit Pflicht zum Mund-Nasen-Schutz und mit Beschränkung von zehn Quadratmetern pro Besucher. Ab 24.12.2020 dürfen außerdem Tierparks, Zoos und botanische Gärten wieder öffnen, sämtliche Institutionen müssen jedoch ein Präventionskonzept vorlegen.

Abstand und MNS in öffentlichen Verkehrsmitteln

Aufrecht bleiben die bekannten Regeln für öffentliche Verkehrsmittel sowie in U-Bahn-Stationen, Bushaltestellen, Flughäfen. Dort ist ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Auch hier gilt die Einmeterabstandspflicht. Fahrgemeinschaften und Taxifahrten sind nur zulässig, wenn pro Sitzreihe (inkl. Lenker) maximal zwei Personen sitzen. Ausnahmen gibt es für Transporte von Kindergartenkindern und für Transporte von Menschen mit Behinderungen.

Spitäler, Alters- und Pflegeheime

In Alten-, Pflege- und Behindertenheimen ist weiterhin nur ein Besuch pro Patient und Woche möglich. Minderjährige Bewohner von Behindertenheimen und unterstützungsbedürftige Bewohner dürfen allerdings von zwei Personen besucht werden (z. B. den Eltern). Ausgenommen von der Besuchsbeschränkung ist die Palliativ- und Hospizbegleitung. Mitarbeiter müssen wöchentlich einen Coronavirus-Test machen. Das Tragen von FFP2-Schutzmasken (bzw. gleich- oder höherwertig) ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher ab 18. Dezember verbindlich vorgeschrieben.



Neu aufgenommene Bewohner müssen ein negatives Ergebnis eines Coronavirus-Tests vorweisen, dasselbe gilt für Besucher. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen zweimal pro Woche getestet werden und Heimbetreiber müssen auch für Bewohnerinnen zwei Tests pro Woche bereitstellen.

Begräbnisse und Religionsausübung

Eheschließungen auf dem Standesamt sind nur in Ausnahmefällen möglich. Hochzeitsfeiern sind untersagt. An Begräbnissen dürfen wie bisher maximal 50 Personen teilnehmen, dabei gelten die Mindestabstandsregel und MNS-Pflicht. In Innenräumen von Religionsgemeinschaften muss jedenfalls ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden.

Quarantäne nach Einreise

Ab 19. Dezember gilt eine Quarantänepflicht für Einreisende nach Österreich. Grundsätzlich muss jeder, der ab diesem Zeitpunkt einreist, für zehn Tage in Quarantäne. Freitesten kann man sich nach frühestens fünf Tagen, und das auf eigene Kosten.

Ausnahmen gelten für Personen, die aus jenen wenigen Ländern anreisen, deren CoV-Belastung noch immer gering ist und die auch keinen negativen Test vorweisen müssen. Das sind Reisende aus Australien, Island, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südkorea, Uruguay, dem Vatikan und als einzige EU-Staaten Finnland und Irland. Allerdings müssen sie sich dort zehn Tage davor ununterbrochen aufgehalten haben.

Ebenfalls ohne Restriktionen einreisen dürfen Menschen, die regelmäßig pendeln, wobei Personenbetreuer hier ausgenommen sind. Ausgenommen sind zudem Personen, die in die Enklaven Mittelberg (Kleinwalsertal), Vomp-Hinterriss und Jungholz einreisen.

Ohne Test kommen können auch jene, die mindestens einmal pro Monat zu familiären Zwecken bzw. zum Besuch des Lebenspartners einreisen. Ebenso ist die Einreise aus unvorhersehbaren, unaufschiebbaren Gründen im familiären Kreis wie insbesondere schweren Krankheitsfällen, Todesfällen, Begräbnissen, Geburten sowie Betreuung von unterstützungsbedürftigen Personen in Notfällen, uneingeschränkt möglich. Ein Familienbesuch nur für eine Weihnachts- bzw. Silvesterfeier gilt nicht als Ausnahme.

Eine weitere für den Arbeitsmarkt relevante Ausnahme ist jene für Personen, die zu beruflichen Zwecken einreisen, denn hier sind nun auch die Personenbetreuer, also die 24-Stunden-Betreuung, umfasst.

Auch aus humanitären Gründen kann eingereist werden. Diplomaten und medizinische Begleitpersonen dürfen ebenfalls ins Land kommen, ohne Quarantäne befürchten zu müssen. Sie müssen bei Einreise allerdings ein ärztliches Zeugnis vorweisen, das einen negativen PCR- bzw. Antigen-Test bestätigt und bei dem die Testung nicht länger als 72 Stunden zurückliegt. Wird erst in Österreich getestet, wobei auch ein Antigen-Test möglich ist, endet die Quarantäne mit Vorliegen des negativen Ergebnisses.

Quelle: <https://orf.at/corona/stories/3193995/>

Die 3. Schutzmaßnahmenverordnung sowie die COVID-19 Einreiseverordnung in der jeweils aktuellen Fassung finden Sie auf der Website des Gesundheitsministeriums unter folgendem Link: <https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Rechtliches.html>

4. Nationalrat – Weitere Beschlüsse mit Corona-Bezug

Mit mehreren Beschlüssen mit Konnex zur Coronakrise, etwa bezüglich Fremdenrecht, Kindergeld oder Zivildienst, ist am Freitag die voraussichtlich letzte Sitzung des Nationalrats in diesem Jahr zu Ende gegangen.

Für Zivildienstler wurden die Corona-Sonderregelungen bis Ende August 2021 verlängert. Dadurch wird es weiterhin möglich sein, die Männer abseits der klassischen Aufgabengebiete im Bereich der kritischen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge einzusetzen.

Für die Corona-Zeit neu gestaltet wurde auch das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld. Es kann nämlich ausnahmsweise auf Basis der Einkünfte des Jahres 2019 berechnet werden, sofern sich auf diese Weise ein höherer Tagatz ergibt. Im Fremdenrecht wurden Sonderbestimmungen bis Mitte 2021 verlängert.



Angenommen wurde zudem eine Änderung des Studienförderungsgesetzes. Die Zuverdienstgrenze beim Bezug von Studienbeihilfe steigt auf 15.000 Euro, eine Angleichung an die Grenze bei der Familienbeihilfe. Im land- und forstwirtschaftlichen Landesschulbereich wurde das Dienstrecht novelliert.

Mit einem weiteren Beschluss wurde festgelegt, dass die Beratungspflicht für aus der Wohnung weggewiesene bzw. mit einem Annäherungsverbot belegte Gewalttäter nun ein halbes Jahr später beginnt, nämlich mit Mitte 2021. Die Finanzierung übernimmt dafür der Staat. Der Gefährder hat sich gemäß der Vorlage binnen fünf Tagen nach der Anordnung eines derartigen Verbots mit einer Beratungsstelle in Verbindung zu setzen.

5. Nationalrat: Mehr Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe berechtigt, Corona-Tests und -Impfungen vorzunehmen

In seiner Sitzung am 11.12 hat der Nationalrat beschlossen, dass unter ärztlicher Aufsicht und Schulung künftig ein größerer Kreis des Gesundheits- und Sozialbetreuungspersonals Corona-Abstriche vornehmen kann. Zudem können RettungssanitäterInnen unter bestimmten Voraussetzungen für Corona-Impfungen eingesetzt werden. Weiters erhält die Polizei auf Ersuchen der Bezirksverwaltungsbehörden erweiterte Befugnisse bei der Kontrolle von Corona-Auflagen. Die Oppositionsparteien übten heftige Kritik an der im Vorfeld angedachten Erweiterung der Polizeibefugnisse auf den privaten Wohnraum. ÖVP und Grüne stellten den Schutz der eigenen vier Wände mit einem Abänderungsantrag klar. Durch einen weiteren Beschluss des Nationalrats erhalten Personen ab 65 Jahren nun zehn FFP2-Schutzmasken gratis per Post. Zwei Entschließungsanträge von SPÖ und FPÖ erhielten nicht die Stimmenmehrheit. Die SozialdemokratInnen forderten mehr Daten-Transparenz und die Kontrolle der Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen. Die FPÖ setzte sich für ein gesetzliches Verbot von "Zwangsimpfungen" und "Zwangstestungen" ein.

Mehr dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1406/index.shtml

6. Bundesminister Anschober: 2 Millionen Testungen mit 4200 Positivergebnissen ein guter Start für Massentestungen

Das nun vorliegende Gesamtergebnis von 2 Millionen TeilnehmerInnen an den ersten Massentestungen in Österreich ist nicht nur ein sehr guter Start, sondern auch ein gelungener Schritt zur Eingrenzung der Pandemie in Österreich. Rund 4200 positive Testergebnisse (bereits nach Zweittestung) wurden festgestellt, damit konnten 4200 Menschen ohne Symptome, aber mit Infektion aus dem Infektionszyklus geholt werden. 4200 Menschen, die sonst, ohne es zu wissen, andere Menschen angesteckt hätten. Das ist der eigentliche Sinn der Massentests, möglichst viele asymptomatische Personen aus dem Infektionsgeschehen zu lösen und damit das Infektionsgeschehen zu verringern,“ so Gesundheitsminister Rudi Anschober.

Der Gesundheitsminister bedankt sich bei allen unterstützenden Organisationen und Zehntausenden UnterstützerInnen für die perfekte Vorbereitung und großartige Umsetzung: „Innerhalb kürzester Zeit wurden perfekte Massentests verwirklicht - ein großes Danke an die SoldatInnen, die vielen Ehrenamtlichen, die Blaulichtorganisationen, die PolizistInnen und die MitarbeiterInnen der Gesundheitsbehörden. Alle haben eine eindrucksvolle Leistung vollbracht.“ Auf diese ersten Massentestungen könne man nun gut aufbauen und sie weiterentwickeln - für eine zweite Runde nach den Feiertagen, für Testungen von Berufsgruppen, die in einem intensiven Kontakt zu anderen stehen, und für Testungen von Regionen mit einem besonders hohen Infektionsgrad.

„2 Millionen Testungen durch die Massentests angesichts bisher durchgeführter 3,5 Millionen Tests stellen einen großen Fortschritt dar. Wir werden unsere Strategie in allen Bereichen verstärkter

Testungen beibehalten und verstärkt fortsetzen: bei symptomatischen Menschen, durch Screening-Programme wie etwa in den Alten- und Pflegeheimen und durch Massentestungen. Gemeinsam mit Kontaktverringerungen in den verschiedensten Bereichen sowie Mindestabstand, Hygienemaßnahmen und MNS sind das unsere wirksamsten Hebel gegen die Pandemie. Nach dem für die Allermeisten negativen Testergebnis gilt: Das ist kein Grund für weniger Vorsicht, sondern nur eine Bestandsaufnahme für den Testtag - das Ergebnis kann schon am nächsten Tag wieder anders sein.



Daher sollten sich alle über ihr negatives Ergebnis freuen, durch dieses aber noch mehr angespornt werden, auch in Zukunft besonders vorsichtig und besonders konsequent zu sein und die Kontakte weiterhin stark zu verringern. Die nächsten Wochen, insbesondere die kommenden Feiertage sind die wichtigste Phase zur Begrenzung der Pandemie. Seien Sie jetzt besonders vorsichtig und besonders konsequent bei der Umsetzung der Maßnahmen. Achten Sie auf den Mindestabstand und auf die Hygienemaßnahmen, verwenden Sie den Mund-Nasen-Schutz und verringern Sie die Kontakte bestmöglich. Dann bleiben Sie nach dem negativen Testergebnis auch in Zukunft sicher!“

7. Erste Impfungen am 27. Dezember

In Österreich werden am 27. Dezember erste CoV-Impfungen verabreicht. Das teilte Bundeskanzler Sebastian Kurz am Donnerstag via Twitter mit. Zuvor hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ebenso via Twitter den EU-weiten Impfstart mit 27. Dezember bekanntgegeben. „Das ist Europas Moment“, teilte sie auf Twitter mit: „Wir beschützen unsere Bürger gemeinsam. Wir sind zusammen stärker.“

Voraussetzung sei die Zulassung des Impfstoffs von Biontech und Pfizer, erläuterte Kommissionssprecher Eric Mamer. Die Empfehlung dafür wird für den 21. Dezember von der EU-Arzneimittelbehörde (EMA) erwartet. Die Kommission will dann „binnen zwei Tagen“ über die Zulassung entscheiden. Von der Leyen ließ keinen Zweifel, dass sie mit einem positiven Bescheid rechnet.

Das Unternehmen wolle den Impfstoff am 26. Dezember liefern, sagte Mamer. Danach müssten die EU-Staaten die Verteilung und die Impfungen organisieren. Entscheidend sei nicht, dass alle EU-Staaten am selben Tag starten würden, sondern dass es ein koordinierter Start sei, sagte Mamer.

Nach Auslieferung der ersten Impfdosen im Umfang von knapp 10.000 Stück pro EU-Mitgliedsland erfolge in den letzten Dezember-Tagen und zu Jahresbeginn in mehreren Schritten die Auslieferung weiterer Chargen. 900.000 Impfdosen von Biontech und Pfizer sollen im Verlauf des ersten Quartals 2021 nach Österreich geliefert werden.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3194142/>

8. Regierung laut Anshober weiter gegen Impfpflicht

Die Regierung ist weiterhin gegen eine Verpflichtung, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen, und das trotz geringer Bereitschaft in der Bevölkerung, dies freiwillig zu tun. "Wir haben keine Notwendigkeit", sagte Gesundheitsminister Rudolf Anshober am Montag in einer Pressekonferenz. Stattdessen werde man auf "ehrliche, transparente Informationsarbeit" setzen. Mit der Teilnahme an den Massentestungen zeigte sich Anshober trotz der niedrigen Zahlen zufrieden.

Der aktuelle "Österreich Trend" von Meinungsforscher Peter Hajek für APA und ATV hatte ergeben, dass sich nur knapp jeder fünfte Österreicher jedenfalls gegen Covid-19 impfen lassen will. Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer trat öffentlich für eine Impfpflicht ein, dagegen sind etwa sein Vorarlberger Kollege Markus Wallner sowie Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser.

"Ich habe mich nie verschwiegen, auf welcher Seite ich da stehe", sprach sich auch Anshober erneut gegen eine Impfpflicht aus. Darauf habe man sich auch innerhalb der Bundesregierung verständigt. Was sich der Gesundheitsminister aber wünscht, ist eine "noch deutlichere, noch breitere Teilnahme" an den nächsten Massentestungen. Dabei wolle man auch Gruppen erreichen, die diesem Angebot bisher ablehnend gegenübergestanden sind, wie er sagte. Wie das konkret geschehen soll, sei derzeit Gegenstand von Beratungen.

Trotz des relativ geringen Zuspruchs bei der ersten Runde der Testungen sprach Anshober von einer durchaus beachtlichen Zahl. Die zusätzlichen Tests seien übrigens auch der Grund, warum die Sieben-Tage-Inzidenz wieder leicht gestiegen ist.



Weiter optimistisch gab sich Anschober auch, was die Auswirkungen des jüngsten Lockdowns betrifft. Weiter rechneten die ExpertInnen mit einem Abnehmen der Infektionszahlen. "Solange dieser Trend im Sinken ist, haben wir keinen Grund Zusatzmaßnahmen zu verankern", bestritt er auch mögliche Verschärfungen. Dies wäre nur dann zu überlegen, wenn sich der Trend umkehrt und die Zahlen wieder deutlich nach oben gehen. Am Mittwoch will die Regierung eine weitere Prognose zu den Infektionszahlen veröffentlichen.

9. Eltern im zweiten Lockdown: Sechs von zehn stark belastet

Für Österreichs Familien ist die Belastung im zweiten Lockdown markant gestiegen. Das zeigt eine Untersuchung von SORA im Auftrag des Momentum Instituts. Während im ersten Lockdown im Frühjahr 46% der Familien angaben, stark belastet zu sein, sind es jetzt 58%. „Unter den Müttern sind es mit fast zwei Dritteln deutlich mehr als unter den Vätern. Das zeigt, wie sehr Frauen nach wie vor die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen“, analysiert Barbara Blaha, Leiterin des Momentum Instituts.

Für die repräsentative Studie wurden von 19. - 27. November österreichweit 685 Eltern von Kindern unter 15 Jahren befragt und mit den Ergebnissen der ersten Umfrage aus dem April verglichen.

Über 70% der Kinder wurden im zweiten Lockdown trotz offener Schulen zuhause betreut. Weil Frauen nach wie vor die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung tragen, verlagerten viele ihre wieder gestiegenen Arbeitszeiten noch stärker in Randzeiten. „Jede dritte befragte Frau arbeitete früh morgens oder abends, jede zehnte sogar in der Nacht, um trotz Kinderbetreuung Zeit für Erwerbsarbeit zu finden“, erläutert Blaha.

Insgesamt vergeben Österreichs Eltern schlechte Noten für die Vorbereitungen des Bildungssystems auf die zweite Welle: 60% sind der Meinung, die Bundesregierung habe die Schulen und Kindergärten nicht ausreichend Corona-fit gemacht.

Zum Endbericht des SORA Instituts: <https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-12/momentum-elternbefragung-corona-ii.pdf>

10. Österreich will 2021 rund 65 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufnehmen

Die Republik Österreich wird aufgrund der Coronakrise auch im neuen Jahr deutlich mehr Geld am Kapitalmarkt aufnehmen müssen als zu Vorkrisenzeiten. Rund 65 Mrd. Euro wurden von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) für 2021 veranschlagt. Das ist doppelt so viel wie im Jahr 2019, als 31,5 Mrd. Euro aufgenommen wurden. Für das kommende Jahr plant die OeBFA ein neues Auktionsprogramm für kurzfristige Papiere (T-Bills).

Heuer belief sich der Finanzierungsbedarf der Republik auf rund 63 Mrd. Euro. Der Plan für 2020 war wegen der Coronapandemie, die wegen der benötigten Hilfen für die Wirtschaft ein Loch ins Budget gerissen hatte, im Juni angepasst und von den ursprünglich avisierten 31 bis 34 Mrd. Euro auf rund 60 Mrd. Euro angehoben worden.

In Anbetracht der anhaltenden Pandemie sei der Ausblick auf das kommende Jahr "keine Riesen-Überraschung", sagte OeBFA-Chef Markus Stix am Montag im Gespräch mit der APA. Von den geplanten 65 Mrd. Euro sollen mindestens 40 Mrd. über Bundesanleihen und mindestens 20 Mrd. über weitere kurzfristige Instrumente finanziert werden. Die Verteilung entspricht in etwa der aus dem ablaufenden Jahr 2020.

Seit der Mitte dieses Jahres hat das Volumen der kurzfristigen Papiere (T-Bills) deutlich zugelegt. Das liege daran, dass der nötige Liquiditätsaufbau für die Ausgaben durch die Corona-Hilfsprogramme mit kurzfristigen Instrumenten leichter ist, da mit diesen schneller höhere Volumina erzielt werden können, erklärte der OeBFA-Chef.

Wie es im kommenden Jahr allgemein am Anleihenmarkt weitergehen wird, hänge stark vom weiteren Verlauf der Pandemie ab, sagte Stix. Aufgrund der ausgeweiteten Hilfen der EZB dürfte das Zinsniveau aber weiter niedrig bleiben. Das helfe zudem dem heimischen Budget, wenn sich der Staat weiterhin billig refinanzieren kann.



11. Fast 6.000 Covid-Anzeigen seit Beginn des harten Lockdowns

Seit Beginn des harten Lockdowns am 17. November hat das Innenministerium 5.968 Anzeigen nach dem Covid-19-Maßnahmengesetz registriert. Dazu kamen 2.284 Organmandate nach dem Covid-19-Maßnahmengesetz (2.211) und nach dem Epidemiegesetz 1950. Innenminister Karl Nehammer appellierte vor diesem Hintergrund, im Privatbereich vorsichtiger vorzugehen.

"Die Zahl der Anzeigen ist seit Tagen rückläufig. Dennoch wird die Zahl der täglichen Neuinfektionen nicht im notwendigen Ausmaß geringer. Ein großer Teil der Neuinfektionen ist daher auf den privaten Lebensbereich zurückzuführen", sagte Nehammer. Er warnte wenige Tage vor Weihnachten, "dass der Leichtsinn nicht in die Wohnungen der in Österreich lebenden Menschen Einzug halten" dürfe.



Aus den Bundesländern

1. LandesfinanzreferentInnenkonferenz – Bund sagt u.a. Unterstützung für Gemeinden zu

Der Bund wird den Ländern zusätzliche Mittel zur Bekämpfung der Coronakrise überweisen. Das hat Finanzminister Gernot Blümel am Dienstag mit den LandesfinanzreferentInnen vereinbart. Außerdem spricht das Finanzministerium auch mit den Gemeinden über zusätzliche Hilfen. Der noch bis Ende 2021 laufende Finanzausgleich soll verlängert werden.

Durch die Coronakrise sinken die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden - gleichzeitig steigen die Ausgaben für die Bewältigung der Pandemie und der Wirtschaftskrise. Bei einer außerordentlichen Sitzung der Landesfinanzreferenten kündigte Blümel am Dienstag weitere Unterstützung des Bundes an. Konkret will der Bund den Pflegefonds auf den stationären Bereich ausweiten und Kosten für Schutzausrüstungen und "Barackenspitäler" bis März 2021 übernehmen. Außerdem erhalten Länder und Gemeinden Kostenersatz für das Personal bei den "Massentestungen" (zehn Euro pro Stunde bzw. 20 Euro für medizinisches Personal sowie Überstundenabgeltung für Gemeindemitarbeiter).

"Der Bund federt hier bereits viel ab und wo es notwendig ist, werden wir weiterhin an gemeinsamen Lösungen arbeiten", sagte Finanzminister Gernot Blümel im Anschluss in einer Aussendung. Außerdem sagte er technische Gespräche über die Verlängerung des Finanzausgleichs zu. Der aktuelle Vorsitzende der Finanzreferenten, der Salzburger Christian Stöckl, plädiert für eine Verlängerung um zumindest zwei Jahre bis Ende 2023.

Gespräche über weitere Hilfen gibt es laut Finanzministerium auch mit den Gemeinden. Sie verlieren durch die Krise sowohl Anteile an den gemeinsamen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden als auch bei der gemeindeeigenen Kommunalsteuer. Diese wird nämlich von der Lohnsumme berechnet und sinkt bei steigender Arbeitslosigkeit merklich. Der Fiskalrat hat zuletzt auf Unterstützungszahlungen des Bundes für die Gemeinden gedrängt. Die Finanzreferenten der Länder schlossen sich dieser Forderung an.

2. Massentests: Bundesländerergebnisse aufgrund unterschiedlicher Zählweisen nur bedingt vergleichbar

Die Massentests begannen in der Salzburger Gemeinde Annaberg, wo bereits am 1. Dezember de facto der Test der Massentests stattfand. Landeshauptmann Wilfried Haslauer gab ursprünglich das Ziel aus, 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung testen zu wollen. Nach dem ersten Testtag wurden dann die Wahlberechtigten als Referenz herangezogen – so wurden aus 47 schnell 63 Prozent Testbeteiligung. Obwohl Annaberg im Rückblick sowieso ein Ausreißer nach oben war. Denn im Schnitt lag die Beteiligung österreichweit bei 23 Prozent.

Schlussendlich hat sich in den meisten Ländern dann etabliert, die Beteiligung anhand der "testberechtigten" EinwohnerInnen zu berechnen. Wobei auch für die Testberechtigten unterschiedliche Parameter herangezogen wurden: In Salzburg etwa zählten dazu alle BewohnerInnen ab 16 Jahren abzüglich der in den vergangenen drei Monaten positiv Getesteten. In Oberösterreich handelte es sich bei den 1,2 Millionen potenziellen Testpersonen wiederum um alle EinwohnerInnen ab der Schulpflicht, abzüglich jener, die laut Bestimmung des Gesundheitsministeriums nicht getestet werden. Am eigens ausgerollten Dashboard für die Corona-Testungen wurde die mögliche Testkapazität von 732.992 ausgewiesen und anhand derer die Auslastung in Prozent berechnet. So kommt das Land auf eine Auslastung von 32 Prozent. Das Land rechnete zudem die getesteten 3.135 PolizistInnen und 25.953 PädagogInnen ein, um zumindest auf eine Teilnahmequote von 27,5 Prozent zu kommen. Unterm Strich sind die von den Ländern veröffentlichten Zahlen zur Beteiligung an den Massentests also nur sehr schwer vergleichbar.

Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000122515901/zahlenspiele-bei-beteiligung-an-den-massentests>



3. Oberösterreich verlängert kostenlose Tests

Das Land Oberösterreich wird ebenso wie Tirol vor den Weihnachtsfeiertagen weiterhin kostenlose Antigen-Schnelltests anbieten. Landeshauptmann Thomas Stelzer und Gesundheitsreferentin Christine Haberlandner haben den Krisenstab mit der Erarbeitung eines Konzepts beauftragt, teilte das Land am Sonntagnachmittag in einer Aussendung mit. In Oberösterreich laufen die vom Bund veranlassten Massentests noch bis Montag. Doch für die anstehenden Feiertage und Familienfeierlichkeiten werde das Land als Service darüber hinaus an ausgewählten Standorten weitere freiwillige Schnelltests anbieten. "Wir wollen damit ein möglichst sicheres und vertrautes Weihnachtsfest ermöglichen", betonten der Landeshauptmann und seine Stellvertreterin.

Das Angebot soll die bestehenden Testmöglichkeiten bei ÄrztInnen und Apotheken ergänzen. Über Details wie Standorte, Anmeldeprozedere und Startzeitpunkt werde noch informiert, hieß es.

Unterdessen hat sich auch der Linzer Bürgermeister Klaus Luger am Sonntagabend für permanente freiwillige Teststraßen ausgesprochen. Es sei eine neue Teststrategie erforderlich, nachdem die Zahl der Testwilligen bei den Massentests weit hinter den Erwartungen zurückbleibe. "Jetzt schon Stichtage für die nächsten Testungen festzulegen, grenzt an Realitätsverweigerung", sagte der Linzer Stadtoberhaupt.

Luger hat für die Linzer Teststraße auch schon einen konkreten Standort im Auge. Das Linzer Design Center würde zu den Konditionen wie für die Massentests auch für eine Dauer-Teststraße zur Verfügung stehen, meinte der Stadtchef. "Damit könnten insbesondere Berufsgruppen, die besonders mit der Covid-Pandemie konfrontiert sind, oder auch andere besonders betroffene Bevölkerungsgruppen sich jederzeit testen lassen, wenn es notwendig erscheint", sagte der Bürgermeister.

4. Land NÖ bietet noch Tests vor Weihnachten

Am 21. und 22. Dezember gibt es dazu in fünf Gemeinden die Möglichkeit, wie Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf nach einer Nachbesprechung der Massentests ankündigte. Getestet wird in Amstetten, Zwettl, Wiener Neustadt, Korneuburg, und St. Pölten. Die Registrierung dafür funktioniert wieder über die Plattform [Testung.at](https://www.testung.at). Die zweite Runde der Massentests in allen Gemeinden wird dann am 9. und 10. Jänner über die Bühne gehen. Finanzielle Anreize für die Teilnahme an den Massentests werden in NÖ klar abgelehnt.

5. Auch Land Steiermark bietet Schnelltests vor Weihnachten an

Die Steiermark bietet nun wie die meisten Bundesländer auch kostenlose Antigen-Schnelltests vor den Weihnachtsfeiertagen an ausgewählten Standorten an. Vom 21. bis 23. Dezember gibt es die Möglichkeit, sich kostenlos auf Covid-19 testen zu lassen. Die Schnelltests werden in Bruck an der Mur, Liezen, Gleisdorf, Judenburg und in Graz in der Messehalle durchgeführt, wie die Landeskommunikation am Donnerstag mitteilte; mit dem Bundesheer werden Organisation, Logistik und Betreuung der Teststraßen abgewickelt.

An allen Standorten gelten dieselben Öffnungszeiten: Am 21. und 22. Dezember jeweils von 8.00 bis 20.00 Uhr sowie am 23. Dezember von 8.00 bis 13.00 Uhr. Die Anmeldung erfolgt über das Anmeldetool des Bundes. Eine telefonische Anmeldung zur Testung ist nicht vorgesehen, jedoch besteht die Möglichkeit, auch ohne Anmeldung an einen der ausgewählten Standorte zur Testung zu kommen. Dieses Angebot soll die bereits bestehenden Testmöglichkeiten bei Ärztinnen und Ärzten sowie Apotheken ergänzen

6. Fast 1.800 Rotkreuz-Mitarbeiter in NÖ im Einsatz

Bei den Corona-Massentests im Bundesland NÖ waren in Summe 1.783 MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes im Einsatz. Exakt 1.478 waren nach Angaben in einer Aussendung an 817 Teststraßen im Bundesland bei der Probenabnahme im Dienst.



7. Klare Absage an Impfpflicht aus Salzburg

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer hat sich am Montag erneut gegen eine Impfpflicht beim Coronavirus ausgesprochen. "Wir setzen auf Aufklärung und Information, nicht auf Zwang", sagte er zur APA. Bereits in der Vorwoche hatte Haslauer auch einer indirekten Impfpflicht für gewisse Branchen eine Absage erteilt. Dabei ging es um den Vorschlag, Neueinstellungen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich an eine Corona-Impfung zu knüpfen. Die Möglichkeit kostenloser Antigentests über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel hinaus werde es in Salzburg wohl für verschiedene Berufsgruppen und Einsatzfelder geben, nicht aber individuell für alle BürgerInnen, erklärte der Landeshauptmann. Vielmehr werde man die noch vorhandenen Testkits für die zweite Testwelle Anfang Jänner verwenden. "Hier hängt alles von den Vorgaben des Bundes und dem Termin für die zweite Testung ab - vermutlich wird das der 8., 9. und 10. Jänner sein."



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Gemeinden für zweite Testwelle in Tirol offenbar nicht zuständig

Die Tiroler Gemeinden dürften für die zweite Welle der Massentests, die von 8. bis 10. Jänner über die Bühne gehen sollen, nicht mehr zuständig sein. Dies geht aus einer der APA vorliegenden E-Mail vom "Team TirolTestet" an alle BürgermeisterInnen hervor. Die Tests sollen indes offenbar in den bestehenden Screeningstraßen und mit Testbussen durchgeführt werden.

"Aufgrund zahlreicher Nachfragen zu den angekündigten Massentests im Jänner 2021, dürfen wir mitteilen, dass eine erneute Abwicklung der Testungen durch die Tiroler Gemeinden nicht vorgesehen ist", heißt es wörtlich in dem E-Mail. Direkt bestätigen wollte das Land dies auf APA-Anfrage nicht. Es hieß jedoch, dass das Angebot der kostenlosen Antigen-Tests über die Weihnachtsfeiertage bis zum 10. Jänner und auch darüber hinaus permanent zur Verfügung stehe. "Die Kapazitäten werden laufend evaluiert und können bei Bedarf jederzeit angepasst werden - dies gilt selbstredend auch für das Wochenende vom 8. bis zum 10. Jänner", teilte das Land mit.

Die ab 19. Dezember angebotenen kostenlosen Antigen-Tests werden in neun Screeningstraßen in Innsbruck, Kufstein, Lienz, Reutte, Schwaz, Kitzbühel, Zams und Imst durchgeführt. In Innsbruck etwa stehen die Screeningstraßen in der Olympiahalle und jene beim Alphotel Innsbruck täglich von 7.00 bis 16.00 Uhr dafür bereit. Zudem werden an ungeraden Kalendertagen zusätzlich in den Bezirken, Reutte, Landeck, Schwaz und Kitzbühel mittels Testbussen Kapazitäten geschaffen, sowie an geraden Tagen in den Bezirken Imst, Innsbruck-Land, Kufstein und Lienz. Insgesamt werden die Gratis-Tests an 17 Standorten angeboten.

2. Für Corona-Tests stellt die Messe Wels der Stadt 300.000 Euro in Rechnung

Für die Messe Wels erweist sich der gestern angelaufenen Corona-Massentest als willkommener Verdienstentgang. Das Unternehmen steht seit Monaten still. Für vier Tage Hallenmiete inklusive Ordnerdienste, Müllentsorgung, Verpflegung und Aufbau fallen rund 300.000 Euro an. Zahlen muss das die Stadt. Am Montag wird der Gemeinderat nachträglich darüber abstimmen. "Die Rechnung ist ziemlich happig, trotzdem rechne ich nicht mit Gegenstimmen", sagt Wirtschaftsreferent Peter Lehner.

Durchaus möglich, dass die Stadt auf einem Großteil der Kosten sitzen bleibt: "Im Entwurf des Ministeriums lese ich nichts von einer Vergütung der Mietkosten durch den Bund. Wir werden erst einmal zahlen und dann schauen, was wir zurückbekommen", sagt Rabl. Sollte ein zweiter Massentest mit ähnlichen Aufwendungen nochmals das Stadtbudget belasten, "wäre das alles andere als erbaulich", betont der Bürgermeister. Der Städtebund drängt bereits heftig auf Rückvergütung: "Umstritten ist noch, ob vom Bund die Kosten der Räumlichkeiten übernommen werden. Das ist de facto der größte Brocken", sagt Magistratsdirektor Peter Franzmayr

3. Massentests - 28.000 TeilnehmerInnen in der Stadt Salzburg

Nach zwei Tagen sind in der Stadt Salzburg die Massentests am Samstagabend zu Ende gegangen. Insgesamt ließen sich 27.985 Personen am Freitag und Samstag kostenlos auf das Coronavirus testen. 75 von ihnen wurden positiv getestet. Geht man von 110.000 Wahlberechtigten aus, dann haben 25,4 Prozent davon teilgenommen, teilte die Stadt in einer Aussendung am Abend mit.



4. Wien: Weihnachtliches Testangebot wird ausgebaut

Vor Weihnachten wird das Testangebot in der Stadt verstärkt. Somit sollen Besuche bei der Verwandtschaft sicher gemacht werden. Dazu werden alle drei existierenden Teststraßen weiter betrieben und die sogenannten „Schnupfenboxen“ ausgebaut. Anmeldungen sollen bald möglich sein.

Bewohnerinnen und Bewohnern der Bundeshauptstadt sollen somit eine kostenlose Untersuchung vor etwaigen festlichen Besuchen bei Verwandten machen können. Alle drei Teststraßen – also jene beim Happel-Stadion, beim Austria Center und auf der Donauinsel – werden weiter betrieben.

Die drei Testcenter werden über unterschiedliche Schwerpunkte verfügen. Im Austria Center, wo zuletzt Mitarbeiter der kritischen Infrastruktur im Fokus standen, können sich nun alle testen lassen – auch mehrmals, wie im Büro von Gesundheitsstadtrat Peter Hacker betont wurde. Ab Freitag ist jedoch eine Anmeldung online (www.acv.at/schnelltest) oder telefonisch über 1450 obligatorisch. Dort wird dann auch ein Slot vergeben. Familienanmeldungen sind ebenfalls möglich.

5. Klagenfurt bietet vor Feiertagen kostenlose Tests

Die Stadt Klagenfurt bietet vor den Feiertagen kostenlose Antigentests an. Wer sich auf das Coronavirus testen lassen will, kann ohne Voranmeldung die Teststation am Klagenfurter Messegelände aufsuchen. Sie ist von 21. bis 23. sowie von 28. bis 30. Dezember von 8.00 bis 17.00 geöffnet. Das gab die Stadt am Mittwoch in einer Aussendung bekannt.

Es sei ihr ein besonderes Anliegen gewesen, der Bevölkerung vor den Feiertagen die Möglichkeit kostenloser Coronatests zu bieten", sagte Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz. Notwendig dafür sind ein Lichtbildausweis, eine E-Card und ein Mund-Nasen-Schutz. Das Ergebnis wird elektronisch übermittelt.

Das Land hat unterdessen zusammengesammelt, wo man sich in Kärnten Antigentests unterziehen kann. Das erklärte der Leiter des Landespressedienstes, Gerd Kurath, am Mittwoch vor Journalisten. Derzeit werden die Tests in sieben Apotheken, bei 80 niedergelassenen Ärzten und bei vier Institutionen angeboten. Eine vollständige Liste soll auf der Website des Landes veröffentlicht werden.

6. Wien: Neues Labor schafft 30.000 PCR-Tests pro Tag

Mit der Inbetriebnahme eines neuen Labors in Penzing erhöht sich die heimische Kapazität an präzisen Coronavirus-Testauswertungen deutlich: 30.000 PCR-Tests pro Tag soll der neue Standort schaffen. Die Stadt Wien hat sich schon ein Kontingent von bis zu 10.000 Tests pro Tag reserviert.

Das PCR-Labor der Lifebrain Group ist im Pavillon 17 des Otto-Wagner-Spitals untergebracht und sorgt für 140 Arbeitsplätze. Die Flächen im Ausmaß von 3.600 Quadratmetern werden von der Stadt als Eigentümerin vermietet. Fünf Millionen Euro wurden für den nur in sechs Wochen gestemmt Umbau investiert, sagte Geschäftsführer Michael Havel.

Die Auswertungsergebnisse der Abstriche würden jedenfalls binnen 24 Stunden vorliegen, versprach der Firmenchef. Bis Jahresende wird dafür täglich von 7.00 bis 22.00 Uhr gearbeitet, ab Beginn 2021 sei ein Betrieb rund um die Uhr geplant. Und 30.000 Tests sollen nicht das Ende der Fahnenstange sein. In den nächsten Monaten werde die Kapazität auf bis zu 60.000 Ergebnisse pro Tag erhöht, kündigte Havel an.

Mehr dazu: <https://wien.orf.at/stories/3080720/>



Europa und International

1. OECD-Kritik an Egoismus reicher Staaten bei Impfstoff

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prangert an, dass reiche Industrieländer im Rennen um die Coronavirus-Impfstoffe zu egoistisch vorgehen. „Einige Länder haben viel zu viel Impfstoff, andere haben gar nichts“, sagte Generalsekretär Angel Gurría der deutschen „Welt“ (Montag-Ausgabe). „Warum denken wir nicht an die fünf Milliarden Menschen in ärmeren Ländern?“, so der 69-jährige ehemalige mexikanische Außen- und Finanzminister.

Gurría kritisierte, dass sich etwa Kanada 300 Millionen Impfdosen gesichert habe – für nur 40 Millionen Einwohner. Das sei deutlich zu viel Impfstoff, selbst wenn man einrechnet, dass etwa bei dem neuen Impfstoff der Firmen Biontech und Pfizer pro Person zwei Dosen benötigt werden. Weiters monierte er, dass die USA 800 Millionen Impfdosen gekauft hätten – für eine Bevölkerung von rund 330 Millionen.

Der Impfstoff müsse gerechter verteilt sein, forderte der OECD-Chef. „Das wäre klug für alle. Das Virus wird erst besiegt sein, wenn es überall auf der Welt besiegt ist.“ Die EU hat mit Biontech und Pfizer einen Liefervertrag über bis zu 300 Millionen Impfdosen ausgehandelt.

2. Niederlande stehen vor strengem Lockdown

Nach Deutschland steuern nun auch die Niederlande auf einen strengen Lockdown zu. Angesichts dramatisch steigender Infektionszahlen ist die Regierung in Den Haag heute zu einer Krisensitzung zusammengekommen. Ministerpräsident Mark Rutte sollte sich am Abend in einer TV-Ansprache an die Bevölkerung wenden.

Erwartet wird unter anderem eine Schließung aller Geschäfte, die keine Waren für den täglichen Bedarf verkaufen. Bisher mussten die Geschäfte im Land noch nie schließen. Die Behörden fürchten, dass viele Deutsche nach dem Lockdown im eigenen Land zu Weihnachtseinkäufen über die Grenze fahren werden.

„Die Lage ist sehr ernst“, sagte Gesundheitsminister Hugo de Jonge vor Beginn der Krisensitzung. Krankenhäuser könnten dem Druck kaum noch standhalten. Zuletzt waren rund 10.000 Neuinfektionen in 24 Stunden gemeldet worden. In den Niederlanden leben rund 17,5 Millionen Menschen. Seit etwa Mitte Oktober gilt in den Niederlanden ein Teil-Lockdown. Privatkontakte sind eingeschränkt und Gaststätten geschlossen.

3. Deutsches Kabinett verabschiedete "Aufbauplan" für Corona-Hilfsgelder

Die deutsche Regierung will die Mittel aus dem Corona-Aufbaufonds schwerpunktmäßig in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung einsetzen. Das Bundeskabinett verabschiedete am Mittwoch in Berlin den "Deutschen Aufbau- und Resilienzplan". Der Plan listet die Projekte auf, die mit den Deutschland zustehenden Geldern aus dem europäischen Fonds finanziert werden sollen.

Für Klimaschutz und Digitalisierung sind jeweils rund 40 Prozent der erwarteten 23,6 Milliarden Euro Zuschüsse vorgesehen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 sollen davon 15,2 Milliarden Euro vergeben werden können. Im Bereich Klimaschutz sollen die Mittel insbesondere drei Bereiche stärken - die Dekarbonisierung durch erneuerbaren Wasserstoff, die klimafreundliche Mobilität und das klimafreundliche Bauen und Sanieren. Neben Klimaschutz und Digitalisierung sollen noch Projekte etwa in den Bereichen Bildung und sozialer Zusammenhalt bedacht werden.

Zum aktuellen Entwurf des deutschen Aufbau- und Resilienzplans: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/aufbau-und-resilienzplan-1829280>



4. Neue Corona-Rekorde in den USA und in Brasilien

Die USA vermeldeten am Mittwoch neue Corona-Höchststände. In den Vereinigten Staaten wurden laut der Johns-Hopkins-Universität binnen 24 Stunden 3.784 weitere Corona-Tote und mehr als 250.000 neue Ansteckungen gezählt. Seit mehr als einem Monat breitet sich der neuartige Erreger wieder in besonders dramatischem Tempo in den Vereinigten Staaten aus. Derzeit befinden sich nach Angaben des Gesundheitsministeriums wegen der von dem Coronavirus ausgelösten Lungenkrankheit Covid-19 rund 113.000 Menschen in den USA in den Krankenhäusern. Die USA sind von den absoluten Zahlen her das am stärksten von der Pandemie betroffene Land der Welt. Insgesamt wurden - bei rund 330 Millionen Einwohnern - bisher rund 16,9 Millionen Ansteckungsfälle erfasst. Die Zahl der registrierten Todesopfer liegt bei etwa 307.000.

Neue Rekorde auch in Brasilien

Auch in Brasilien wurden neue Infektions-Höchststände vermeldet. Das Land verzeichnete mit mehr als 70.000 Fällen am Mittwoch einen neuen Rekord an Neuinfektionen und zählt jetzt mehr als sieben Millionen Erkrankte seit Beginn der Pandemie. Brasilien liegt mit fast 184.000 Corona-Todesfällen in der JHU-Statistik auf Platz 2 hinter den USA, nach der Zahl der Infektionen findet sich der rund 210 Millionen EinwohnerInnen zählende Staat mit jetzt mehr als sieben Millionen auf Platz 3 hinter den USA und Indien.

Am Mittwoch wurde mit 70.000 neuen Erkrankungen ein neuer Tages-Zuwachsrekord verzeichnet - und das ohne die Zahlen des Bundesstaates Sao Paulo, der als Epizentrum der neuen Welle gilt. Mit 936 starben erstmals seit drei Monaten wieder mehr als 900 Brasilianer an Covid-19, seit Beginn der Pandemie waren es 183.735. Von der ersten Welle im Sommer war vor allem die ärmere Bevölkerung betroffen, während in der zweiten Welle laut Epidemologen die wohlhabenderen BrasilianerInnen erkrankten.

5. Impfstoff von Moderna kurz vor US-Zulassung

Der Coronavirus-Impfstoff des US-Biotech-Konzerns Moderna steht kurz vor einer Notfallzulassung in den USA. Das Vakzin nahm dafür gestern die entscheidende Hürde: Der unabhängige Beratungsausschuss für Impfstoffe der US-Arzneimittelbehörde FDA sprach sich für eine Genehmigung aus. Es wird erwartet, dass die FDA den Impfstoff auf Basis dieser Empfehlung in Kürze genehmigt. Es wäre damit die zweite in den USA verfügbare Covid-19-Impfung. Vor einer Woche hatte bereits der Impfstoff der Mainzer Biotech-Firma Biontech und ihres US-Partners Pfizer eine Notfallzulassung erhalten. Am Montag begannen Massenimpfungen in den USA. Moderna hatte am 30. November eine Notfallgenehmigung bei der FDA beantragt. Die Behörde hatte bereits in am Dienstag veröffentlichten Dokumenten keine Bedenken gegen das Vakzin geäußert und ihm eine hohe Wirksamkeit bescheinigt. Die europäische Arzneimittelbehörde EMA will möglicherweise am 6. Jänner ihre Bewertung für eine Zulassung abschließen. Nach den Ergebnissen aus der zulassungsrelevanten Studie wurde durch den Moderna-Impfstoff ein Schutz von gut 94 Prozent vor Covid-19 erzielt.

6. China will 50 Millionen Menschen in acht Wochen impfen

China will bis Anfang Februar rund 50 Millionen Menschen gegen das Coronavirus impfen. Vor der Hauptreisezeit des Jahres anlässlich des chinesischen Neujahrsfestes am 11. Februar sollen rund 100 Millionen Dosen für eine Zweifachimpfung von Risikogruppen verteilt werden, berichtete die Hongkonger Zeitung "South China Morning Post" am Freitag.

Chinas Außenamtssprecher Wang Wenbin wollte sich auf Journalistenfragen in Peking nicht dazu äußern, sondern verwies auf zuständige Behörden. Wie die "SCMP" weiter berichtete, wurden am Mittwoch Beamte der Gesundheitsämter aus dem ganzen Land zu einem vorbereitenden Treffen über Video zusammengerufen.



Zu den Risikogruppen zählten Polizisten, Feuerwehrleute, Zollbeamte, Fracht- und Transportarbeiter, Grenzbeamte, Altenpflegekräfte, Bestatter, Mitarbeiter der Müllabfuhr und der öffentlichen Versorgungsbetriebe. Auch Personen, die wegen Arbeit oder Studium ins Ausland reisten, könnten sich impfen lassen.

Bisher wurden schon mehr als einer Million Menschen chinesische Impfstoffen verabreicht. Grundlage ist eine Notverordnung. Die fünf chinesischen Impfstoffe haben die dritte Phase der klinischen Versuche noch nicht abgeschlossen, sind aber beispielsweise von den Vereinigten Arabischen Emiraten schon zugelassen worden. Auch Indonesien erhielt zunächst schon 1,2 Millionen Dosen.

7. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Neben den aktuellen Verlaufsgrafiken bildet der Bericht der EuroComm – wie gewohnt - ab, wie sich die Lage im jeweiligen Land entwickelt, vor allem in Hinblick auf die Auslastung des Gesundheitssystems.

Mehr dazu in **Beilage1**



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäische Kommission: COVID19-Strategie zur Bekämpfung der Pandemie in den Wintermonaten

Ein koordiniertes EU-weites Vorgehen ist der Schlüssel, um ein Wiederaufflammen des COVID-19-Virus im Zusammenhang mit den Feiertagen zum Jahresende zu vermeiden. Jede Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen sollte der Entwicklung der epidemiologischen Situation und ausreichenden Kapazitäten im Gesundheitssystem Rechnung tragen. Die KOM wird 2021 weitere Leitlinien für eine allmähliche und koordinierte Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen vorlegen.

Presse: [Strategie „COVID-19 – sicher durch den Winter“ \(europa.eu\)](#)

2. Europäische Kommission: COVID19-Abbau von notleidenden Krediten

Eine Strategie wurde vorgestellt, die verhindern soll, dass sich in der gesamten EU in Folge der COVID-19-Krise notleidende Kredite (NPLs) ansammeln. Die Strategie soll sicherstellen, dass Unternehmen und Haushalte in der EU während der Krise weiterhin Zugang zu den benötigten Finanzmitteln haben. Die Banken spielen eine entscheidende Rolle bei der Abmilderung der Auswirkungen der COVID-19-Krise, indem sie die Finanzierung der Wirtschaft aufrechterhalten. Dies ist der Schlüssel, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Erholung der EU zu unterstützen.

Presse: [Abbau notleidender Kredite \(europa.eu\)](#)

Strategie: [Action plan: Tackling non-performing loans \(NPLs\) in the aftermath of the COVID-19 pandemic | EU-Kommission \(europa.eu\)](#)

